

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Arnold, Reinhold Robbe, Ulrike Merten,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Alexander Bonde, Winfried Nachtwei, Volker Beck
(Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/2656 –**

Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten

A. Problem

Die Sicherheitslage hat sich grundlegend gewandelt. Neue sicherheitspolitische Risiken und Chancen verlangen sowohl im zivilen wie militärischen Bereich eine kontinuierliche Anpassung der Instrumente und Fähigkeiten. Nur durch eine umfassende Transformation kann es gelingen, die Bundeswehr zukunftsfähig zu gestalten. So müssen sich Auftrag, Aufgaben und Fähigkeiten der Streitkräfte konsequent an der zu erwartenden Sicherheitslage und den sicherheitspolitischen Verpflichtungen Deutschlands als VN-, NATO-, EU- und OSZE-Mitglied orientieren.

Die sicherheitspolitische Lage erfordert eine auf Vorbeugung und Eindämmung von Krisen und gewaltsamen Konflikten zielende Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Verständnis des veränderten Aufgabenspektrums hat der Bundesminister der Verteidigung die Transformation der Bundeswehr eingeleitet. Mit dem Erlass der Verteidigungspolitischen Richtlinien im Mai 2003 wurden die Eckpunkte und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für die Transformation der Bundeswehr festgelegt. Die neuen Aufgaben der Bundeswehr erfordern eine zweckentsprechende wirksame und moderne Ausrüstung der Streitkräfte. Die Ausgestaltung der allgemeinen Wehrpflicht wird an das veränderte Aufgabenspektrum angepasst. Eine Überprüfung der Wehrverfassung, wie im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vereinbart, wird erfolgen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/2656 anzunehmen.

Berlin, den 7. Mai 2004

Der Verteidigungsausschuss

Reinhold Robbe
Vorsitzender

Rainer Arnold
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Rainer Arnold und Christian Schmidt (Fürth)

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/2656 wurde in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. März 2004 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/2656 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Ressort übergreifenden Arbeiten an dem Weißbuch 2005 zügig fortzusetzen. Die Einbettung des Transformationsprozesses in die transatlantischen und europäischen sicherheitspolitischen Strukturen soll fortgeführt werden, der beschrittene Weg zu einer flexibleren, zeitnäheren Beschaffung soll fortgesetzt werden, die Standortentscheidungen, die nach militärischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien getroffen werden, sollen transparent entschieden werden. Letztlich soll die Anpassung des Zivilpersonals – wie bisher in enger Konsultation mit den Verbänden, Personalräten und Tarifpartnern – sozial verträglich realisiert werden. Die Rationalisierungen, Privatisierungen und Kooperationsmodelle der Bundeswehr sollen weiterhin mit dem Ziel verfolgt werden, dass die Bundeswehr sich auf ihre militärischen Kernaufgaben konzentrieren kann; im Übrigen soll die eingeleitete Weiterentwicklung der Inneren Führung und des Prinzips des Staatsbürgers in Uniform kontinuierlich fortgesetzt und vertieft werden.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 28. April 2004 den Antrag auf Drucksache 15/2656 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Annahme empfohlen. Dieser Antrag wurde gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/2388 und dem Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 15/2662 beraten.

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde gefordert, den vom Bundesminister der Verteidigung mit seinen Entscheidungen zur Konzeption der Bundeswehr bereits eingeleiteten notwendigen Transformationsprozess fortzusetzen und dabei die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal einzusetzen. Insbesondere mit den im Mai 2003 erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien seien Eckpunkte und sicherheitspolitische Rahmenbedingungen für die Transformation der Bundeswehr festgelegt worden. Die neuen Aufgaben der Bundeswehr führten nicht nur zu geänderten Personalumfängen, sondern auch zu neuen Strukturen. Auch die allgemeine Wehrpflicht würde in ihrer Ausgestaltung an das veränderte Aufgabenspektrum angepasst.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betrachtete den Antrag im Wesentlichen als Unterstützung der vom Bundesminister der Verteidigung bereits eingeleiteten Schritte zur Transformation der Bundeswehr. Dieser Transformationsprozess sei bedauerlicherweise in erster Linie fiskalisch begründet. Dabei könne man in neue Strukturen nur mit den ausreichenden finanziellen Gegebenheiten hineingehen.

Die **Fraktion der FDP** stellte kritisch fest, dass die Koalition in ihrem Antrag das Modell der Bundesregierung übernehme. Im Hinblick auf ein sicherlich notwendiges verändertes Aufgabenspektrum der Bundeswehr sei man aber strikt gegen eine Übernahme polizeilicher Aufgaben durch die Bundeswehr. Eine Vermengung von Aufgaben im Rahmen der inneren und äußeren Sicherheit lehne man ab. Das neue Aufgabenspektrum gemäß den Verteidigungspolitischen Richtlinien erfordere nicht das Festhalten an der Wehrpflicht.

Berlin, den 7. Mai 2004

Rainer Arnold
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter